

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig - Hybridsitzung

Sitzung: Dienstag, 17.12.2024

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 11:00 Uhr

Ende: 20:10 Uhr

Ratsmitglieder (in Klammern) verhindert, * per Video, übrige Teilnehmer/innen in Präsenz

Frau Antonelli-Ngameni	Frau Köhler
Frau Arning	Herr Köster
Herr Bach	Herr Kühn
Herr Bader	Herr Lehmann
Frau Bartsch *	Frau Lerche
Herr Behrens	Frau Maul
Herr Böttcher	Herr Mehmeti
Herr Bratmann	Herr Merfort
Herr Bratschke	Herr Möller
Frau Braunschweig	Frau Mundlos
Herr Disterheft	Frau Ohnesorge
Frau Dr. Flake	Herr Dr. Plinke
Herr Flake	Herr Pohler
Herr Glogowski	Frau Saxel
Frau Glogowski-Merten *	Herr Schatta
Frau Göring	Herr Schnepel
Herr Graffstedt	Frau Schütze
Frau Hahn	Herr Sommerfeld
Frau Hillner	Herr Stühmeier
Frau Ihbe	Herr Swalve
Frau Jalyschko	Herr Täubert
Frau Jaschinski-Gaus	Herr Volkmann
Frau Johannes	Frau vom Hofe
Herr Jonas	Frau von Gronefeld
Frau Kaphammel	Herr Wendt
Frau Kluth	Herr Winckler
Herr Knurr	Herr Wirtz

Verwaltung:

Oberbürgermeister Dr. Kornblum

Erster Stadtrat Geiger

Stadtrat Dr. Pollmann

Stadtbaudirektor Leuer

Dezernentin Prof. Dr. Hesse *

Stadträtin Dr. Rentzsch

Dezernent Leppa

Stadtrat Herlitschke

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung der Sitzung	
2	Ablauf der Beratungen für die Haushaltssatzung 2025/2026	24-24844
3	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 05.11.2024	
4	Mitteilungen	
4.1	Sachstand: Unterstützungsleistungen im Rahmen der Solidaritätspartnerschaft mit der Stadt Bila Zerkwa Mitteilung der Verwaltung	24-24830
5	Anträge	
5.1	Erhalt des Giesmaroder Bades Antrag der BIBS-Fraktion	24-24538
5.1.1	Erhalt des Giesmaroder Bades Änderungsantrag zum Antrag 24-24538 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN, Gruppe Die FRAKTION. BS und BIBS-Fraktion	24-24538-01
5.1.2	Erhalt des Giesmaroder Bades - Änderungsantrag Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP	24-24538-02
5.2	Strafanträge bei Schwarzfahren abschaffen Antrag der Gruppe Die FRAKTION. BS	24-24649
5.2.1	Strafanträge bei Schwarzfahren abschaffen Stellungnahme der Verwaltung	24-24649-01
5.3	Krankenwohnungen für wohnungslose Personen Antrag der SPD-Fraktion	24-24661
5.3.1	Krankenwohnungen für wohnungslose Personen Stellungnahme der Verwaltung	24-24661-01
5.4	Der Querumer Forst als Naturwald - ein Pilotprojekt zum Waldschutz in Braunschweig Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die GRÜNEN	24-24723
6	Anpassung des Vertrages zum BS-Mobil-Ticket	24-24671
7	Städtisches Klinikum Braunschweig Medizinstrategie, Gutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung	24-24703

7.1	Städtisches Klinikum Braunschweig Medizinstrategie, Gutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung Änderungsantrag zur Vorlage 24-24703 Änderungsantrag der CDU-Fraktion	24-24703-01
7.2	Städtisches Klinikum Braunschweig Medizinstrategie, Gutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung Stellungnahme der Verwaltung	24-24703-02
7.3	Städtisches Klinikum Braunschweig Medizinstrategie, Gutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung Änderungsantrag zur Vorlage 24-24703 Änderungsantrag der CDU-Fraktion	24-24703-03
8	Städtisches Klinikum Braunschweig Aufruf zur Sicherstellung der Krankenhausfinanzierung	24-24713
9	Haushaltssatzung 2025/2026 der Stadt Braunschweig	24-24845
10	Umbesetzung in Ausschüssen - Entsendung von Bürgermitgliedern -	24-24859
11	Berufung von Vertreterinnen bzw. Vertretern der Gruppe der Schülerinnen und Schüler in den Schulausschuss	24-24588
12	Kurzfristige Eigentumsübernahme von Hilfsgütern aus dem Förderpaket Mobilität - Ergänzungslieferung - im Rahmen der Teilnahme der Stadt Braunschweig am Projekt „Kommunale Direkthilfe im Rahmen der deutsch-ukrainischen Solidarpartenerschaften“ der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	24-24829
13	Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Braunschweig	24-24852
13.1	Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Braunschweig	24-24852-01
14	Vorschlag einer Person für das Amt einer ehrenamtlichen Richterin/ eines ehrenamtlichen Richters am Sozialgericht Braunschweig	24-24853
15	Öffentliche Ausschreibung der Stelle der Stadträtin oder des Stadtrates für das Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat	24-24855
15.1	Öffentliche Ausschreibung der Stelle der Stadträtin oder des Stadtrates für das Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat Änderungsantrag zur Vorlage 24-24855 Änderungsantrag der CDU-Fraktion	24-24855-01
16	Bevollmächtigung eines städtischen Vertreters zur Wahrnehmung der Rechte der Stadt Braunschweig in der Generalversammlung der Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG	24-24858
17	Bestellung eines städtischen Vertreters im Aufsichtsrat der Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG	24-24857

18	Berufung von einem Stellvertretenden Ortsbrandmeister	24-24635
19	Braunschweig Beteiligungen GmbH Schaffung einer „Braunschweig Digital GmbH“	24-24748
20	Haushaltsvollzug 2024 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungs-ermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	24-24754
20.1	Haushaltsvollzug 2024 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungs-ermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	24-24754-01
20.2	Haushaltsvollzug 2024 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungs-ermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	24-24754-02
21	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	24-24719
22	Auftragsvergabe des Fachbereichs Tiefbau und Verkehr: Betrieb der öffentlichen Beleuchtung sowie der Lichtsignalanlagen und Verkehrsanlagen, Verkehrsmanagement und Parkraumbewirtschaftung in der Stadt Braunschweig	24-24814
23	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Wenden-West, 2. BA“, WE 63 Stadtgebiet zw. d. Str. Heideblick, d. Stadtbahntrasse u. Veltenhöfer Str. (Geltungsb. A), Stadtgebiet Gem. Wenden Fl. 3, Flurst. 152/3 (Geltungsb. B), Stadtgebiet Gem. Veltenhof Fl. 7, Flurst. 34/3 tlw. (Geltungsb. C), Stadtgebiet Gem. Waggum Fl. 3, Flurst. 47/5 tlw. (Geltungsb. D), Stadtgebiet Gem. Rüningen Fl. 4, Flurst. 90/5 tlw. (Geltungsb. E) Behandlung d. Stellungnahmen, Satzungsbeschluss, Teilaufh. Aufstellung WE 50	24-23636
24	Anpassung der Förderrichtlinien des Förderprogramms für regenerative Energien und Energieeffizienzmaßnahmen 2025	24-24746
25	Zweiundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsgebührensatzung)	24-24575
26	Neufassung des Entgelttarifes der Stadt Braunschweig für die Benutzung städtischer Sporteinrichtungen	24-24000
26.1	Neufassung des Entgelttarifes der Stadt Braunschweig für die Benutzung städtischer Sporteinrichtungen Antrag zur Vorlage 24-24000 Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die GRÜNEN	24-24000-01

27	Anfragen	
27.1	Entwicklung der Arbeitslosigkeit Anfrage der CDU-Fraktion	24-24871
27.1.1	Entwicklung der Arbeitslosigkeit Stellungnahme der Verwaltung	24-24871-01
27.2	Standort für den Verein Spokuzzi e. V. Anfrage der Gruppe Die FRAKTION. BS	24-24868
27.2.1	Standort für den Verein Spokuzzi e. V. Stellungnahme der Verwaltung	24-24868-01
27.3	Erhalt des Griesmaroder Bades weniger wichtig als Haus der Musik? Anfrage der BIBS-Fraktion	24-24870
27.3.1	Erhalt des Griesmaroder Bades weniger wichtig als Haus der Musik? Stellungnahme der Verwaltung	24-24870-01
27.4	Stärkung der Kinderrechte im Jugendamt Braunschweig, in den Abteilungen „Allgemeiner Sozialer Dienst“ und „Amts- vormundschaften, Amtspflegschaften und Beistandschaften“. Anfrage des Ratsherrn Glogowski	24-24873
27.4.1	Stärkung der Kinderrechte im Jugendamt Braunschweig, in den Abteilungen „Allgemeiner Sozialer Dienst“ und „Amts- vormundschaften, Amtspflegschaften und Beistandschaften“. Stellungnahme der Verwaltung	24-24873-01
27.5	Umsetzung der Cannabis-Freigabe - Vorbereitung auf Kontrollen Anfrage der CDU-Fraktion	24-24872
27.5.1	Umsetzung der Cannabis-Freigabe - Vorbereitung auf Kontrollen Stellungnahme der Verwaltung	24-24872-01
27.6	Jugendzentrum B58: Mögliche Alternativen zum Neubau Anfrage der BIBS-Fraktion	24-24869
27.6.1	Jugendzentrum B58: Mögliche Alternativen zum Neubau Stellungnahme der Verwaltung	24-24869-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Graffstedt eröffnet um 11:03 Uhr die Sitzung und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig zugegangen ist und der Rat ordnungsgemäß geladen sowie beschlussfähig ist.

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass die Sitzung in hybrider Form stattfindet, also neben den in Präsenz Anwesenden auch Ratsmitglieder per Videokonferenz an der Sitzung teilnehmen. Er benennt die im Verlauf der Sitzung teilnehmenden sowie per Videokonferenz zugeschalteten Teilnehmerinnen und Teilnehmer und stellt fest, dass die übrigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Sitzungssaal anwesend sind.

Sodann gibt Ratsvorsitzender Graffstedt Hinweise zur Durchführung der Sitzung in hybrider Form und teilt mit, dass den Ratsmitgliedern nach Versand der Tagesordnung noch folgende Beratungsunterlagen zugegangen sind:

- | | |
|-------------------------|---|
| Zu TOP 2: | Ablauf der Beratungen für die Haushaltssatzung 2025/2026
Vorlage 24-24844 |
| Zu TOP 5.1.1 und 5.1.2: | Erhalt des Griesmaroder Bades
Änderungsanträge 24-24538-01 und 24-24538-02 |
| Zu TOP 7.2 und 7.3: | Städtisches Klinikum Braunschweig, Medizinstrategie
Gutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung
Stellungnahme 24-24703-02
und Änderungsantrag 24-24703-03 |
| Zu TOP 9: | Haushaltssatzung 2025/2026 der Stadt Braunschweig
Vorlage 24-24845 |
| Zu TOP 10: | Umbesetzung in Ausschüssen
- Entsendung von Bürgermitgliedern -
Vorlage 24-24859 |
| Zu TOP 13.1: | Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Braunschweig
Ergänzungsvorlage 24-24852-01 |
| Zu TOP 15.1: | Öffentliche Ausschreibung der Stelle der Stadträtin oder des Stadtrates für das Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudienstes
Änderungsantrag 24-24855-01 |
| Zu TOP 30.2: | Städtisches Klinikum Braunschweig, Medizinstrategie
Gutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung
Änderungsantrag 24-24711-02 |

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass die unter den Tagesordnungspunkten 5.2 und 5.4 aufgeführten Anträge 24-24649 „Strafanträge bei Schwarzfahren abschaffen“ und 24-24723 „Der Querumer Forst als Naturwald - ein Pilotprojekt zum Waldschutz in Braunschweig“ vom Verwaltungsausschuss in eigener Zuständigkeit abschließend entschieden wurden und somit für eine Beratung und Beschlussfassung hierüber in der heutigen Sitzung kein Raum mehr besteht.

Er teilt weiter mit, dass zu Tagesordnungspunkt 22 - Auftragsvergabe des Fachbereichs Tiefbau und Verkehr: Betrieb der öffentlichen Beleuchtung sowie der Lichtsignalanlagen und Verkehrsanlagen, Verkehrsmanagement und Parkraumbewirtschaftung in der Stadt Braunschweig (Drs.-Nr. 24-24814) rechtliche Mitwirkungsverbote für Oberbürgermeister Dr. Kornblum sowie die Ratssherren Bratmann, Köster und Schnepel bestehen, und erläutert das entsprechende Verfahren.

Anschließend weist Ratsvorsitzender Graffstedt darauf hin, dass die Tagesordnungspunkte 28 bis 30 zur Beratung in nichtöffentlicher Sitzung vorgesehen sind. Er stellt fest, dass hiergegen kein Widerspruch erhoben wird und der Rat einverstanden ist, so zu verfahren.

Sodann lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass diese einstimmig angenommen wird.

Der Rat tritt um 11:11 Uhr in die Beratung ein.

2. Ablauf der Beratungen für die Haushaltssatzung 2025/2026 24-24844

Ratsvorsitzender Graffstedt teilt mit, dass zu der Vorlage 24-24844 eine geänderte Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses vorliegt, und stellt fest, dass Einvernehmen besteht, die Vorlage mit der vom Verwaltungsausschuss empfohlenen Änderung zur Abstimmung zu stellen. Anschließend lässt er über die Vorlage in geänderter Fassung abstimmen.

Beschluss (geändert):

Für die Beratungen über die Haushaltssatzung 2025/2026 wird das in der Vorlage in den Ziffern 1 und 2 beschriebene Verfahren festgelegt.

Abweichend hierzu wird die maximale Redezeit für die finanzpolitischen Sprecher/innen der Fraktionen/Gruppen als erste Redner/innen zu Beginn der Aussprache von 5 auf 10 Minuten verlängert.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 05.11.2024

Ergebnis:

Das Protokoll der Sitzung vom 05.11.2024 wird bei zwei Enthaltungen genehmigt.

4. Mitteilungen

4.1. Sachstand: Unterstützungsleistungen im Rahmen der Solidaritätspartnerschaft mit der Stadt Bila Zerkwa Mitteilung der Verwaltung

24-24830

Ergebnis:

Die Mitteilung 24-24830 wird zur Kenntnis genommen.

5. Anträge

5.1. Erhalt des Gliesmaroder Bades Antrag der BIBS-Fraktion	24-24538
5.1.1. Erhalt des Gliesmaroder Bades Änderungsantrag zum Antrag 24-24538 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN, Gruppe Die FRAKTION. BS und BIBS-Fraktion	24-24538-01
5.1.2. Erhalt des Gliesmaroder Bades - Änderungsantrag Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP	24-24538-02

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 24-24538 der ersetzenende Änderungsantrag 24-24538-01 sowie der Änderungsantrag 24-24538-02 vorliegen. Er erläutert die vorgesehene Abstimmungsreihenfolge und stellt fest, dass sich hiergegen kein Widerspruch erhebt.

Anschließend bringen Ratsherr Schepel den interfraktionellen Änderungsantrag 24-24538-01 und Ratsherr Pohler den interfraktionellen Änderungsantrag 24-24538-02 ein und begründen diesen jeweils.

Nach der Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über den Änderungsantrag 24-24538-01 abstimmen und stellt fest, dass dieser abgelehnt wird. Danach stellt er den Änderungsantrag 24-24538-02 zur Abstimmung.

Beschluss zu Änderungsantrag 24-24538-01:

Der Rat der Stadt Braunschweig bekennt sich dazu, Schwimm- und Wasserbewegungsflächen am Standort des Gliesmaroder Bades langfristig zu sichern.

1. Daher wird die Verwaltung beauftragt, alle notwendigen Maßnahmen zur kurz- und mittelfristigen Bestandssicherung und Instandhaltung des Schwimmbades einzuleiten, so dass eine Wiederinbetriebnahme grundsätzlich möglich ist. Zu diesen Schritten soll dem Rat und seinen Gremien regelmäßig Bericht erstattet werden.
2. Es ist zu prüfen, ob der Betrieb des Bades durch die Stadtbau GmbH oder eine Stiftung mit städtischer Beteiligung erfolgen kann. Das Ergebnis dieser Prüfung ist dem Rat im 1. Quartal 2025 mitzuteilen.
3. Ebenfalls innerhalb des 1. Quartals 2025 ist die Verwaltung beauftragt, die Kosten vorzulegen und eine Finanzierung vorzuschlagen, mit der die Sanierung und der Betrieb des Bades innerhalb der Stadtbau GmbH oder einer Stiftung durchgeführt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

bei Fürstimmen abgelehnt

Beschluss zu Änderungsantrag 24-24538-02:

Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich, gründlich und ergebnisoffen zu prüfen, ob und zu welchen Konditionen das Bad Gliesmarode weiterbetrieben werden kann. Dabei sind insbesondere die in der Mitteilung der Verwaltung zum „Sachstand Bad Gliesmarode“ (Drs. 24-24843) genannten Optionen zu prüfen.

Um eine Entscheidung über die Zukunft des Bades treffen zu können, sind insbesondere die erforderlichen Betriebs- und Investitionskosten der verschiedenen Optionen transparent zu machen und einander gegenüberzustellen.

Da eine mindestens zeitweise Schließung des Bades nicht verhindert werden kann, stellt die Verwaltung die Unterstützung der betroffenen Schulen und Vereine bei der Organisation von

Alternativen für die entfallenen Schwimmzeiten sicher und unterbreitet hierzu Vorschläge, soweit noch nicht geschehen.

Das Bad Giesmarode soll bis zu einer finalen Entscheidung so stillgelegt werden, dass eine spätere Wiederinbetriebnahme möglich ist. Die dafür erforderlichen Betriebskosten sind ebenfalls offenzulegen.

Abstimmungsergebnis:
bei Gegenstimmen beschlossen

- | | |
|--|--------------------|
| 5.2. Strafanträge bei Schwarzfahren abschaffen
Antrag der Gruppe Die FRAKTION. BS | 24-24649 |
| 5.2.1. Strafanträge bei Schwarzfahren abschaffen
Stellungnahme der Verwaltung | 24-24649-01 |

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass über den Beschlussvorschlag des Antrags 24-24649 vom Verwaltungsausschuss in eigener Zuständigkeit abschließend entschieden wurde, so dass für eine Beratung und Beschlussfassung durch den Rat kein Raum verbleibt.

Ergebnis:
Über den Beschlussvorschlag des Antrags 24-24649 hat der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 10.12.2024 in eigener Zuständigkeit abschließend entschieden, so dass für eine Beschlussfassung durch den Rat kein Raum mehr besteht.

- | | |
|---|--------------------|
| 5.3. Krankenwohnungen für wohnungslose Personen
Antrag der SPD-Fraktion | 24-24661 |
| 5.3.1. Krankenwohnungen für wohnungslose Personen
Stellungnahme der Verwaltung | 24-24661-01 |

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 24-24661 die Stellungnahme 24-24661-01 vorliegt. Ratsfrau Ihbe bringt den Antrag ein und begründet diesen. Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag 24-24661 abstimmen.

Beschluss:
Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie auch in Braunschweig sog. Krankenwohnungen für wohnungslose Personen vorgehalten werden können, die diesem Personenkreis nach einer Entlassung aus der stationären Krankenbehandlung eine Genesung in einem geschützten und hygienischen Rahmen ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

Ergebnis:
Die Stellungnahme 24-24661-01 wird zur Kenntnis genommen.

- | | |
|--|-----------------|
| 5.4. Der Querumer Forst als Naturwald - ein Pilotprojekt zum
Waldschutz in Braunschweig
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die GRÜNEN | 24-24723 |
|--|-----------------|

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass über den Beschlussvorschlag des Antrags 24-24723 vom Verwaltungsausschuss in eigener Zuständigkeit abschließend entschieden wurde, so dass für eine Beratung und Beschlussfassung durch den Rat kein Raum verbleibt.

Ergebnis:

Über den Beschlussvorschlag des Antrags 24-24723 hat der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 10.12.2024 in eigener Zuständigkeit abschließend entschieden, so dass für eine Beschlussfassung durch den Rat kein Raum mehr besteht.

6. Anpassung des Vertrages zum BS-Mobil-Ticket**24-24671**

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt die Vorlage 24-24671 nach Aussprache zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen zur Anpassung des BS-Mobil-Tickets mit dem Verkehrsverbund Region Braunschweig unter Beachtung der nachfolgend beschriebenen neuen Rahmenbedingungen zu führen und den Vertrag entsprechend anzupassen:

1. Das BS-Mobil-Ticket soll ab dem 1.1.2025 zu einem neuen Preis von 25,00 Euro für Erwachsene verkauft werden. Die Nutzungsmöglichkeiten des ÖPNVs im Stadtgebiet bleiben unverändert.
2. Das BS-Mobil-Ticket Plus soll ab dem 1.1.2025 zu einem neuen Preis von 33,00 Euro für Erwachsene angeboten werden. Die Nutzungsmöglichkeiten des ÖPNVs im Stadtgebiet bleiben unverändert.
3. Das BS-Mobil-Ticket für Schülerinnen und Schüler berechtigt die Schülerinnen und Schüler ohne zeitliche Einschränkung zur Nutzung des gesamten ÖPNV-Angebotes in Braunschweig und bleibt unverändert.

Die übrigen Bedingungen bleiben unverändert.

Abstimmungsergebnis:

bei Gegenstimmen beschlossen

- | | |
|--|--------------------|
| 7. Städtisches Klinikum Braunschweig
Medizinstrategie, Gutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung | 24-24703 |
| 7.1. Städtisches Klinikum Braunschweig
Medizinstrategie, Gutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung
Änderungsantrag zur Vorlage 24-24703
Änderungsantrag der CDU-Fraktion | 24-24703-01 |
| 7.2. Städtisches Klinikum Braunschweig
Medizinstrategie, Gutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung
Stellungnahme der Verwaltung | 24-24703-02 |
| 7.3. Städtisches Klinikum Braunschweig
Medizinstrategie, Gutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung
Änderungsantrag zur Vorlage 24-24703
Änderungsantrag der CDU-Fraktion | 24-24703-03 |

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu der Vorlage 24-24703 der Änderungsantrag 24-24703-01, zu diesem die Stellungnahme 24-24703-02 sowie weiterhin der Änderungsantrag 24-24703-03, welcher den Änderungsantrag 24-24703-01 ersetzt, vorliegen.

Ratsherr Merfort bringt den Änderungsantrag 24-24703-03 ein und begründet diesen.

Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über den Änderungsantrag 24-24703-03 abstimmen und stellt fest, dass dieser abgelehnt wird. Danach stellt er die Vorlage 24-24703 zur Abstimmung.

Beschluss zu Änderungsantrag 24-24703-03:

1. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH werden angewiesen, folgenden Beschluss zu fassen:

,Die Geschäftsführung wird beauftragt, die Medizinstrategie 2028 und Ergebnisse des WMC-Gutachtens in Abstimmung mit der Gesellschafterin und dem Aufsichtsrat umzusetzen. Diese und weitere nutzbare Impulse aus dem WMC-Gutachten sollen, sofern sie nicht bereits im Wirtschaftsplan 2025 enthalten sind, bei den zukünftigen Wirtschaftsplanungen ab dem Geschäftsjahr 2026 ff. berücksichtigt werden.'

2. Die Verwaltung beauftragt die mehrjährige Umsetzungsbewertung des WMC-Gutachtens. Die politischen Gremien sind mindestens vierteljährlich über den jeweils aktuellen Sachstand zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Fürstimmen und wenigen Enthaltungen abgelehnt

Beschluss zu Vorlage 24-24703:

1. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH werden angewiesen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. *,Die Geschäftsführung wird beauftragt, die Medizinstrategie 2028 und Ergebnisse des WMC-Gutachtens in Abstimmung mit der Gesellschafterin und dem Aufsichtsrat umzusetzen. Diese und weitere nutzbare Impulse aus dem WMC-Gutachten sollen, sofern sie nicht bereits im Wirtschaftsplan 2025 enthalten sind, bei den zukünftigen Wirtschaftsplanungen ab dem Geschäftsjahr 2026 ff. berücksichtigt werden.'*
2. *,Die Geschäftsführung wird veranlasst, im Auftrag und zur Unterstützung des Aufsichtsrates die mehrjährige Umsetzungsbewertung des WMC-Gutachtens in enger Abstimmung mit der Gesellschafterin und dem Aufsichtsrat zu beauftragen und durchzuführen. Die Ausschreibungsunterlagen (u. a. die Leistungsbeschreibung), die Auswahl der Bieter zur Bieterpräsentation sowie die abschließende Auswahl des umsetzungsbewertenden Unternehmens bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrates. Den Aufsichtsratsmitgliedern wird die Möglichkeit der Teilnahme an den Bieterpräsentationen eingeräumt.'*

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen beschlossen

Ergebnis:

Die Stellungnahme 24-24703-02 wird zur Kenntnis genommen.

**8. Städtisches Klinikum Braunschweig
Aufruf zur Sicherstellung der Krankenhausfinanzierung****24-24713**

Erster Stadtrat Geiger führt in die Vorlage 24-24713 ein.

Nach der Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Vorlage 24-24713 abstimmen.

Beschluss:

1. Die Stadt Braunschweig will das Städtische Klinikum Braunschweig (SKBS) auch künftig als Klinikum in öffentlicher Trägerschaft erhalten. Als mit Abstand größtes nichtstaatliches Klinikum Niedersachsens versorgt es weit über das Stadtgebiet hinaus die gesamte Gesundheitsregion Braunschweig mit stationären Leistungen der Maximalversorgung.
2. Das SKBS leidet unter investiv und operativ bedingten hohen Defiziten, die inzwischen die Größenordnung von über 70 Mio. € jährlich erreichen, sowie den Folgen eines lang-

jährigen Sanierungsstaus. Seit Jahren unternimmt es große Anstrengungen, um die aufgelaufenen Probleme zu lösen, soweit diese selbst bewältigt werden können. Es kann den Betrieb seit längerem nur aufrechterhalten, weil es in niedersachsenweit einzigartigem Umfang mit städtischen Finanzmitteln unterstützt wird, insbesondere zum Ausgleich operativer Defizite und den Folgen unzureichender staatlicher Investitionskostenförderung.

3. Die alleinige Trägerschaft und Finanzierung des SKBS droht die Stadt Braunschweig in einer gleichzeitigen Strukturkrise der Kommunal- und Krankenhausfinanzierung jedoch schon bald zu überfordern. Es ist daher zeitnah eine erheblich ausgeweitete finanzielle Unterstützung erforderlich. Verantwortlich für die Zuweisung des regionalen Maximalversorgungsauftrags, die vollständige Refinanzierung der erforderlichen Krankenhausinvestitionen sowie auch die aufgabengerechte kommunale Finanzausstattung ist das Land Niedersachsen.
4. Das Land Niedersachsen wird daher aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine kurzfristig erhöhte Krankenhausfinanzierung einzusetzen, die es auch kommunalen Maximalversorgern wie dem SKBS ermöglicht, kostendeckend ihren Versorgungsauftrag zu erfüllen, und auf Landesebene seinem gesetzlichen Auftrag einer vollständigen Investitionsförderung sowie einer differenzierten Krankenhausplanung nachzukommen, welche sicherstellt, dass komplexere stationäre Behandlungen künftig nur durch entsprechend spezialisierte Krankenhäuser wahrgenommen werden.
5. Bis dies erreicht ist, wird das Land Niedersachsen aufgefordert, kurzfristig zumindest die Anteile des jährlichen Defizits des SKBS zu übernehmen, die auf der investiven Unterfinanzierung beruhen sowie auf dem Umstand, dass SKBS in einem Zustand struktureller Unterfinanzierung der Krankenhäuser nach den Vorgaben der Krankenhausplanung Versorgungsleistungen erbringen soll, welche quantitativ und qualitativ weit über eine Grund- und Regelversorgung des Stadtgebiets hinausgehen.
6. Die Verwaltung wird gebeten, zeitnah in Gespräche mit der Landesregierung einzutreten, um Lösungen zum dauerhaften Erhalt des SKBS als Krankenhaus der Maximalversorgung in öffentlicher Trägerschaft zu finden.

Abstimmungsergebnis:

bei einer Enthaltung beschlossen

Ratsvorsitzender Graffstedt unterbricht die Sitzung in der Zeit von 13:13 Uhr bis 14:03 Uhr für eine Pause.

9. Haushaltssatzung 2025/2026 der Stadt Braunschweig

24-24845

Ratsvorsitzender Graffstedt erläutert den vorgesehenen Ablauf der Beratungen über die Haushaltssatzung und weist auf das in der Vorlage 24-24844 festgelegte Verfahren sowie die beschlossene Verlängerung der maximalen Redezeit von 5 auf 10 Minuten für die finanzpolitischen Sprecher/innen der Fraktionen und Gruppen als erste Redner/innen zu Beginn der Aussprache hin.

Zu Beginn der Beratungen unterrichtet Erster Stadtrat Geiger den Rat über die haushalt- und finanzwirtschaftliche Situation der Stadt.

Sodann erfolgt die Aussprache zum Haushalt.

Nach Beendigung der Aussprache unterbricht Ratsvorsitzender Graffstedt die Sitzung in der Zeit von 16:21 Uhr bis 16:43 Uhr für eine Pause.

Anschließend übernimmt stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth die Sitzungsleitung.

Im Folgenden geben die Ratsmitglieder Wirtz, Arning, Lehmann, Sommerfeld, Jalyschko, Köster und Bratmann die Abschlusserklärungen ihrer Fraktion bzw. Gruppe zum Haushalt ab.

Danach erfolgt die Schlusserklärung der Verwaltung durch Oberbürgermeister Dr. Kornblum.

Nach Abschluss der Beratungen lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth über die Vorlage 24-24845 - Haushaltssatzung 2025/2026 der Stadt Braunschweig abstimmen.

Beschluss:

1. Den Anpassungen bei den Ansatzveränderungen der Verwaltung zum Ergebnishaushalt (Anlage 2.4.2), zum Investitionsmanagement (Anlage 2.5.2) sowie bei der Einzahlung aus Finanzierungstätigkeit (Anlage 2.5.2.2) wird zugestimmt.
2. Die Haushaltssatzung 2025/2026 (Anlage 1) mit
 - a) dem Doppelhaushaltsplan 2025/2026 einschließlich Stellenplan und Investitionsprogramm 2024-2029
 - b) den Haushaltsplänen 2025/2026 einschließlich Stellenübersichten und Investitionsprogrammen 2024-2029 für
 - die Sonderrechnung Fachbereich 65 Gebäudemanagement und Referat 0650 Hochbau
 - die Sonderrechnung Stadtentwässerung und
 - die Sonderrechnung Abfallwirtschaft
 - c) dem Haushaltsplan 2025/2026 des Sondervermögens „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ in der gegenüber dem Haushaltsentwurf 2025/2026 unveränderten Fassung

wird entsprechend den Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung sowie den während der Sitzung des Verwaltungsausschusses gefassten Empfehlungen zusammen mit den während der Haushaltssatzung angenommenen Anträgen und Ansatzveränderungen und Änderungen der Ermächtigung zur Inanspruchnahme von Liquiditätskrediten beschlossen.

3. Die finanzunwirksamen Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte werden entsprechend den Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung und den während der Sitzung gefassten Empfehlungen des Verwaltungsausschusses zusammen mit den während der Haushaltssatzung angenommenen Anträgen beschlossen.
4. Die Verwaltung wird ermächtigt, die sich aus den vorstehenden Beschlusspunkten und der Aufteilung der Personalaufwendungen ergebenden Veränderungen in der Endausfertigung des Haushaltsplanes 2025/2026 auf die Teilhaushalte einschließlich der Produktdarstellung zu übertragen.

Abstimmungsergebnis:

bei Gegenstimmen beschlossen

Stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth unterbricht die Sitzung in der Zeit von 18:38 Uhr bis 18:56 Uhr für eine Pause.

Nach der Pause übernimmt stellvertretender Ratsvorsitzender Täubert die Sitzungsleitung.

In der Zeit von 18:57 Uhr bis 19:12 Uhr findet die Einwohnerfragestunde unter Leitung von stellvertretendem Ratsvorsitzenden Täubert statt.

10. Umbesetzung in Ausschüssen 24-24859
- Entsendung von Bürgermitgliedern -

Beschluss:

1. Ausschuss für Planung und Hochbau
Anstelle von Herrn Godehard Busche wird Frau Maike Schwarz als Bürgermitglied im Ausschuss für Planung und Hochbau benannt.
2. Wirtschaftsausschuss
Anstelle von Herrn Carsten Ueberschär wird Herr Dr. Nicolas Petrek als Bürgermitglied im Wirtschaftsausschuss benannt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

11. Berufung von Vertreterinnen bzw. Vertretern der Gruppe der Schülerinnen und Schüler in den Schulausschuss 24-24588

Beschluss:

Auf Vorschlag des Stadtschülerrates werden mit sofortiger Wirkung folgende Personen als Vertretung der Schülerinnen und Schüler in den Schulausschuss berufen:

Allgemeinbildende Schulen:

Frau Nele Konnegen (stimmberrechtigtes Bürgermitglied)
Herrn Jona Fritz Gümmer (Stellvertretung)
Herrn Jamil Collas Joo (Stellvertretung)

Berufsbildende Schulen:

Herrn Lars Lienesch (stimmberrechtigtes Bürgermitglied)
Frau Marie Belle Klauk (Stellvertretung)
Herrn Felix Julius Rousseaux (Stellvertretung)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

12. Kurzfristige Eigentumsübernahme von Hilfsgütern aus dem Förderpaket Mobilität - Ergänzungslieferung - im Rahmen der Teilnahme der Stadt Braunschweig am Projekt „Kommunale Direkthilfe im Rahmen der deutsch-ukrainischen Solidarpartnerschaften“ der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH 24-24829

Beschluss:

Der Annahme der Spende von Hilfsgütern aus dem Förderpaket „Paket Mobilität - Ergänzungslieferung“ der GIZ im Wert von insgesamt ca. 60.000 € durch die Stadt Braunschweig

(§ 111 Abs. 8 NKomVG) und der Schenkung an die Solidaritätspartnerstadt Bila Zerkwa/Ukraine wird zugestimmt (kurzfristige Eigentumsübernahme).

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

- | | |
|--|--------------------|
| 13. Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Braunschweig | 24-24852 |
| 13.1. Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Braunschweig | 24-24852-01 |

Stellvertretender Ratsvorsitzender Täubert weist darauf hin, dass zu der Vorlage 24-24852 die Ergänzungsvorlage 24-24852-01 vorliegt, welche die Ursprungsvorlage ersetzt. Er nimmt Bezug auf die getrennte Abstimmung im Rahmen der Vorberatung und schlägt vor, entsprechend zu verfahren. Stellvertretender Ratsvorsitzender Täubert stellt fest, dass sich hiergegen kein Widerspruch erhebt. Er weist ferner darauf hin, dass zur Beschlussfassung eine Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Ratsmitglieder, mindestens jedoch die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl des Rates erforderlich ist.

Ratsvorsitzender Graffstedt übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über die lfd. Nr. 34 der Anlage der Ergänzungsvorlage 24-24852-01 einzeln abstimmen. Er stellt fest, dass bei 52 anwesenden Ratsmitgliedern die erforderliche 2/3-Mehrheit von 35 Fürstimmen nicht erreicht wird und der Besetzungsvorschlag unter der lfd. Nr. 34 somit abgelehnt ist. Danach stellt er die restliche Ergänzungsvorlage zur Abstimmung.

Beschluss zu Ergänzungsvorlage 24-24852-01:

Die Vorschlagsliste umfasst die in der Anlage lfd. Nr. 1 bis 39 genannten Personen.

Der Rat der Stadt Braunschweig stimmt dieser Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Braunschweig für die Amtsperiode vom 1. April 2025 bis zum 31. März 2029 zu.

Abstimmungsergebnis:
getrennte Abstimmung

Lfd. Nr. 34 der Anlage: bei 32 Fürstimmen und 20 Gegenstimmen abgelehnt
Restliche Vorlage: einstimmig beschlossen

- | | |
|--|-----------------|
| 14. Vorschlag einer Person für das Amt einer ehrenamtlichen Richterin/eines ehrenamtlichen Richters am Sozialgericht Braunschweig | 24-24853 |
|--|-----------------|

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zur Beschlussfassung über die Vorlage 24-24853 eine Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Ratsmitglieder, mindestens jedoch die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl des Rates erforderlich ist. Anschließend lässt er über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:
Die Stadt Braunschweig schlägt Frau Dagmar Gaida zur Berufung als ehrenamtliche Richterin am Sozialgericht Braunschweig vor.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

- | | |
|---|--------------------|
| 15. Öffentliche Ausschreibung der Stelle der Stadträtin oder des Stadtrates für das Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat | 24-24855 |
| 15.1. Öffentliche Ausschreibung der Stelle der Stadträtin oder des Stadtrates für das Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat, Änderungsantrag zur Vorlage 24-24855
Änderungsantrag der CDU-Fraktion | 24-24855-01 |

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu der Vorlage 24-24855 der Änderungsantrag 24-24855-01 vorliegt.

Oberbürgermeister Dr. Kornblum führt in die Vorlage ein und begründet die bestehende Organisationsstruktur sowie den Zuschnitt der Dezernate.

Ratsherr Köster bringt den Änderungsantrag ein und begründet diesen.

Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über den Änderungsantrag 24-24855-01 abstimmen und stellt fest, dass dieser abgelehnt wird. Danach stellt er die Vorlage 24-24855 zur Abstimmung.

Beschluss zu Änderungsantrag 24-24855-01:

Auf eine Ausschreibung der Stelle der Stadträtin oder des Stadtrates für das Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat wird verzichtet.

Das Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat wird aufgelöst und die momentan zugeordneten Verwaltungseinheiten werden wie folgt aufgeteilt:

- Fachbereich 68 (Umwelt) wird in das Dezernat I des Oberbürgermeisters verlagert
- Fachbereich 65 (Gebäudemanagement) wird in das Dezernat III verlagert
- Referat 0650 (Hochbau) wird in das Dezernat III verlagert
- Fachbereich 67 (Stadtgrün) wird in das Dezernat VII verlagert; dabei werden das Referat 0670 (Sportreferat) und das Referat 0680 (Grün- und Freiraumplanung) in den Fachbereich 67 integriert.

Die Verwaltung wird gebeten, eine Änderung der Hauptsatzung dergestalt vorzubereiten und zum Beschluss vorzulegen, wonach die Zahl der Beamten auf Zeit (§ 10) um eins reduziert wird.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Fürstimmen abgelehnt

Beschluss zu Vorlage 24-24855:

Die Stelle der Stadträtin oder des Stadtrates für das Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat ist gemäß anliegendem Ausschreibungstext öffentlich auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Enthaltungen beschlossen

- 16. Bevollmächtigung eines städtischen Vertreters zur Wahrnehmung der Rechte der Stadt Braunschweig in der Generalversammlung der Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG** 24-24858

Beschluss:

Die Rechte der Stadt in der Generalversammlung der Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG wird ab dem 01.01.2025

Herr Leitender Gewerbedirektor Thomas Gekeler

(Wahl gem. § 67 NKomVG)

wahrnehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 17. Bestellung eines städtischen Vertreters im Aufsichtsrat der Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG**

24-24857

Beschluss:

Herr Stadtrat Holger Herlitschke wird zum 31.12.2024 aus dem Aufsichtsrat der Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG abberufen und

Herr Technischer Beschäftigter Dirk Franke

(Beschluss gem. § 66 NKomVG)

wird in den Aufsichtsrat der Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG entsandt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 18. Berufung von einem Stellvertretenden Ortsbrandmeister**

24-24635

Beschluss:

Das nachstehend aufgeführte Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

Lfd. Nr.	Ortsfeuerwehr	Funktion	Name, Vorname
1	Schapen	Stellvertretender Ortsbrandmeister	Bordfeld, Olaf

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 19. Braunschweig Beteiligungen GmbH
Schaffung einer „Braunschweig Digital GmbH“**

24-24748

Beschluss:

Der Schaffung einer „Braunschweig Digital GmbH“ auf Grundlage des vorliegenden Konzepts wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

20. **Haushaltsvollzug 2024 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG** 24-24754
- 20.1. **Haushaltsvollzug 2024 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG** 24-24754-01
- 20.2. **Haushaltsvollzug 2024 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG** 24-24754-02

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu der Vorlage 24-24754 die Ergänzungsvorlagen 24-24754-01 und 24-24754-02 vorliegen, und lässt anschließend über die Vorlage und die Ergänzungsvorlagen gemeinsam abstimmen.

Beschluss zu Vorlage 24-24754, Ergänzungsvorlage 24-24754-01 und Ergänzungsvorlage 24-24754-02:

Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis (gemeinsame Abstimmung der Vorlage 24-24754 und der Ergänzungsvorlagen 24-24754-01 und 24-24754-02):
einstimmig beschlossen

21. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 € 24-24719

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass im Rahmen der Vorberatung getrennt über Anlage 2, Ref. 0610, lfd. Nr. 1 sowie die restliche Vorlage 24-24719 abgestimmt wurde. Ratsherr Sommerfeld beantragt entsprechend getrennte Abstimmung. Sodann lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst einzeln über Anlage 2, Ref. 0610, lfd. Nr. 1 abstimmen, danach stellt er die restliche Vorlage 24-24719 zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:
getrennte Abstimmung

Anlage 2, Ref. 0610, lfd. Nr. 1: bei wenigen Gegenstimmen beschlossen
Restliche Vorlage: einstimmig beschlossen

22. Auftragsvergabe des Fachbereichs Tiefbau und Verkehr: Betrieb der öffentlichen Beleuchtung sowie der Lichtsignalanlagen und Verkehrsanlagen, Verkehrsmanagement und Parkraumbewirtschaftung in der Stadt Braunschweig 24-24814

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass für Oberbürgermeister Dr. Kornblum sowie die Ratsherren Bratmann, Köster und Schnepel ein rechtliches Mitwirkungsverbot zu diesem Tagesordnungspunkt besteht und diese nicht an der Beratung und Beschlussfassung teilnehmen dürfen. Er stellt fest, dass die betreffenden Personen den Sitzungssaal verlassen haben und an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen.

Ratsvorsitzender Graffstedt nimmt Bezug auf die Öffentlichkeit der Sitzung und erläutert, dass die Vorlage 24-24814 und die Beschlussfassung hierüber öffentlich, die zugehörige Anlage jedoch nichtöffentlich bzw. vertraulich und ausschließlich innerhalb des berechtigten

Personenkreises zu behandeln ist. Er gibt Hinweise zum Umgang mit der personalisierten Anlage und führt zum vorgesehenen Verfahren aus. Ratsvorsitzender Graffstedt weist weiter darauf hin, dass die Öffentlichkeit auszuschließen ist, sofern nichtöffentlicher Beratungsbedarf besteht oder Aspekte der vertraulichen Anlage thematisiert werden sollen.

Sodann stellt Ratsvorsitzender Graffstedt fest, dass weder öffentlicher noch nichtöffentlicher Beratungsbedarf besteht, und lässt über die Vorlage 24-24814 abstimmen.

Anschließend kehren Oberbürgermeister Dr. Kornblum sowie die Ratsherren Bratmann, Köster und Schnepel in den Sitzungssaal zurück.

Beschluss:

1. Der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (BS|ENERGY) ist der Zuschlag für den Dienstleistungsvertrag Betrieb der öffentlichen Beleuchtung sowie der Lichtsignalanlagen und Verkehrsanlagen, Verkehrsmanagement und Parkraumbewirtschaftung in der Stadt Braunschweig zu erteilen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die derzeitigen Dienstleistungsverträge Leistungsbild Öffentliche Beleuchtung und Leistungsbild LSA/Verkehr vom 15. Dezember 2005 zum 31. Dezember 2025 ordentlich zu kündigen.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Enthaltungen beschlossen

23. **Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Wenden-West, 2. BA“, WE 63** **24-23636**
Stadtgebiet zw. d. Str. Heideblick, d. Stadtbahntrasse u.
Veltenhöfer Str. (Geltungsb. A), Stadtgebiet Gem. Wenden Fl. 3,
Flurst. 152/3 (Geltungsb. B), Stadtgebiet Gem. Veltenhof Fl. 7,
Flurst. 34/3 tlw. (Geltungsb. C), Stadtgebiet Gem. Waggum Fl. 3,
Flurst. 47/5 tlw. (Geltungsb. D), Stadtgebiet Gem. Rüningen Fl. 4,
Flurst. 90/5 tlw. (Geltungsb. E)
Behandlung d. Stellungnahmen, Satzungsbeschluss,
Teilaufh. Aufstellung WE 50

Beschluss:

1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) und § 4 a (3) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen Nr. 6, Nr. 7 und Nr. 8 zu behandeln.
2. Der Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Wenden-West, 2. BA“, WE 63, wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.
4. Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Wenden-West“, WE 50, vom 09.05.1995 (formal um den Geltungsbereich B erweitert durch den Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit am 06.07.1999) wird für die in den Anlagen Nr. 9.1 und Nr. 9.2 dargestellten Flächen aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

bei drei Enthaltungen beschlossen

**24. Anpassung der Förderrichtlinien des Förderprogramms
für regenerative Energien und Energieeffizienzmaßnahmen 2025**

24-24746

Beschluss:

1. Die Förderrichtlinien „Richtlinie zur Förderung der Solarstromerzeugung“ (Anlage 1), „Richtlinie zur Förderung regenerativer Wärme im Bestand“ (Anlage 2) und „Richtlinie zur Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen im Bestand“ (Anlage 3) des Förderprogramms für regenerative Energien und Energieeffizienzmaßnahmen werden in der jeweils vorliegenden Fassung beschlossen.
2. Zur Steigerung der Teilnahmebereitschaft an einer Umfrage zur Zufriedenheit im Förderprozess wird ein Betrag in Höhe von 300 Euro aus dem Fördertopf bereitgestellt.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, redaktionelle Änderungen ohne erneute Gremienbeteiligung vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Gegenstimmen beschlossen

**25. Zweiundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung
über die Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig
(Friedhofsgebührensatzung)**

24-24575

Beschluss:

Die Zweiundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsgebührensatzung) wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

bei drei Enthaltungen beschlossen

**26. Neufassung des Entgelttarifes der Stadt Braunschweig
für die Benutzung städtischer Sporteinrichtungen**

24-24000

**26.1. Neufassung des Entgelttarifes der Stadt Braunschweig
für die Benutzung städtischer Sporteinrichtungen
Antrag zur Vorlage 24-24000
Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/
Die GRÜNEN**

24-24000-01

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu der Vorlage 24-24000 der Änderungsantrag 24-24000-01 vorliegt, und lässt zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Er stellt fest, dass dieser angenommen wird und die Vorlage 24-24000 damit als in der Fassung des Änderungsantrags 24-24000-01 angenommen gilt.

Beschluss zu Änderungsantrag 24-24000-01:

Der Entgelttarif der Stadt Braunschweig für die Benutzung der städtischen Sporteinrichtungen wird in der in Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen, mit folgender Änderung:

1. Die Entgelte werden ab dem 1. Januar 2025 um die gesetzliche Umsatzsteuer von derzeit 19 % erhöht.
2. Abweichend von der bisherigen Planung wird die Erhöhung der Entgelte für 2025 nur um 5 % im Vergleich zu den bisherigen Tarifen vorgenommen, statt wie ursprünglich vorgesehen um 10 %.
3. Für das Jahr 2026 wird die Erhöhung um weitere 10 % im Vergleich zum Jahr 2024 beibehalten, um die Kostenentwicklung aufzufangen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

27. Anfragen

Die Behandlung der Anfragen erfolgt in der Zeit von 19:42 Uhr bis 20:03 Uhr.

27.1. Entwicklung der Arbeitslosigkeit 24-24871
Anfrage der CDU-Fraktion

27.1.1. Entwicklung der Arbeitslosigkeit 24-24871-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Dezernent Leppa (Stellungnahme 24-24871-01).

Eine Nachfrage wird beantwortet.

27.2. Standort für den Verein Spokuzzi e. V. 24-24868
Anfrage der Gruppe Die FRAKTION. BS

27.2.1. Standort für den Verein Spokuzzi e. V. 24-24868-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich (Stellungnahme 24-24868-01).

27.3. Erhalt des Griesmaroder Bades weniger wichtig als Haus der Musik? 24-24870
Anfrage der BIBS-Fraktion

27.3.1. Erhalt des Griesmaroder Bades weniger wichtig als Haus der Musik? 24-24870-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Dezernent Leppa (Stellungnahme 24-24870-01).

27.4. Stärkung der Kinderrechte im Jugendamt Braunschweig, in den Abteilungen „Allgemeiner Sozialer Dienst“ und „Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften und Beistandschaften“. 24-24873
Anfrage des Ratsherrn Glogowski

27.4.1. Stärkung der Kinderrechte im Jugendamt Braunschweig, in den Abteilungen „Allgemeiner Sozialer Dienst“ und „Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften und Beistandschaften“. 24-24873-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadträtin Dr. Rentzsch (Stellungnahme 24-24873-01).

Eine Nachfrage wird beantwortet.

27.5. Umsetzung der Cannabis-Freigabe - Vorbereitung auf Kontrollen Anfrage der CDU-Fraktion	24-24872
27.5.1.Umsetzung der Cannabis-Freigabe - Vorbereitung auf Kontrollen Stellungnahme der Verwaltung	24-24872-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich (Stellungnahme 24-24872-01).

27.6. Jugendzentrum B58: Mögliche Alternativen zum Neubau Anfrage der BIBS-Fraktion	24-24869
27.6.1.Jugendzentrum B58: Mögliche Alternativen zum Neubau Stellungnahme der Verwaltung	24-24869-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich (Stellungnahme 24-24869-01).

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Rat alle Punkte des öffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat.

gez.

Dr. Kornblum
Oberbürgermeister

gez.

Graffstedt
Ratsvorsitzender

gez.

Hellemann
Protokollführerin